



Plenarprotokoll

8. Sitzung

Donnerstag, 23. März 2017

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Gedenkworte		Ülker Radziwill (SPD)	620
Anschlag in London	602	Senatorin Dilek Kolat	620
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	602	Kundgebung am Breitscheidplatz am 16. März 2017	621
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	602	Kurt Wansner (CDU)	621
1 Aktuelle Stunde	602	Staatssekretär Torsten Akmann	621
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Kurt Wansner (CDU)	621
„Bildungsspiegel an der Wand – welches ist das schlechteste Bildungsland?“	602	Regierender Bürgermeister Michael Müller	621
(auf Antrag der Fraktion der FDP)		Danny Freymark (CDU)	622
Paul Fresdorf (FDP)	603	Regierender Bürgermeister Michael Müller	622
Dr. Maja Lasić (SPD)	605	Öffentliche Toiletten	622
Hildegard Bentele (CDU)	607	Katalin Gennburg (LINKE)	622
Regina Kittler (LINKE)	609	Senatorin Regine Günther	623
Stefan Franz Kerker (AfD)	611	Katalin Gennburg (LINKE)	623
Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE)	614	Senatorin Regine Günther	623
Paul Fresdorf (FDP)	616	Antje Kapek (GRÜNE)	623
Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE)	616	Senatorin Regine Günther	623
Senatorin Sandra Scheeres	617	Stimmenkauf seitens der Firma Sixt	623
Paul Fresdorf (FDP)	619	Canan Bayram (GRÜNE)	623
Senatorin Sandra Scheeres	619	Staatssekretär Torsten Akmann	623
2 Fragestunde	620	Anja Kofbinger (GRÜNE)	624
gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Staatssekretär Torsten Akmann	624
Pflegestützpunkte als Präventionsangebot ..	620	Karneval der Kulturen	624
Ülker Radziwill (SPD)	620	Dr. Dieter Neuendorf (AfD)	624
Senatorin Dilek Kolat	620	Senatorin Elke Breitenbach	624
		Dr. Dieter Neuendorf (AfD)	625
		Senatorin Elke Breitenbach	625
		Kurt Wansner (CDU)	625
		Senatorin Elke Breitenbach	625

3.2	Priorität der Fraktion der SPD	642	Marion Platta (LINKE)	655	
5	Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan von Berlin für das Haushaltsjahr 2017 (Nachtragshaushaltsgesetz 2017 – NHG 17)	642	Danny Freymark (CDU)	656	
	Dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 15. März 2017 Drucksache 18/0228 Neu		Daniel Buchholz (SPD)	657	
	zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/0130		Frank Scholtysek (AfD)	658	
	Zweite Lesung		Georg Kössler (GRÜNE)	659	
	<u>hierzu:</u>		Henner Schmidt (FDP)	660	
	Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/0228 Neu-1		Ergebnis	660	
	Torsten Schneider (SPD)	642	3.5	Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	661
	Christian Goiny (CDU)	643	28	Dezentrale Regenwasserbewirtschaftung als wirksamen Teil der Klimafolgenanpassung voranbringen	661
	Steffen Zillich (LINKE)	644		Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/0212	
	Dr. Kristin Brinker (AfD)	645		Georg Kössler (GRÜNE)	661
	Anja Schillhaneck (GRÜNE)	646		Ronald Gläser (AfD)	662
	Sibylle Meister (FDP)	647		Georg Kössler (GRÜNE)	662
	Torsten Schneider (SPD)	648		Danny Freymark (CDU)	662
	Sibylle Meister (FDP)	648		Daniel Buchholz (SPD)	663
	Ergebnis	648		Frank Scholtysek (AfD)	664
3.3	Priorität der Fraktion der CDU	649		Marion Platta (LINKE)	665
23	Prävention verbessern, Impfpflicht für Kitas einführen, Masern erfolgreich bekämpfen	649		Henner Schmidt (FDP)	666
	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/0187			Ergebnis	666
	<u>hierzu:</u>		3.6	Priorität der AfD-Fraktion	667
	Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/0187-1		38 A	Missbilligung der Teilnahme des Regierenden Bürgermeisters an einer Veranstaltung mit Islamisten	667
	Dr. Gottfried Ludewig (CDU)	649		Dringlicher Antrag der AfD-Fraktion auf Annahme einer Entschließung Drucksache 18/0234	
	Thomas Isenberg (SPD)	650		Dr. Gottfried Curio (AfD)	667
	Dr. Gottfried Ludewig (CDU)	651		Torsten Schneider (SPD)	668
	Herbert Mohr (AfD)	652		Dr. Gottfried Curio (AfD)	669
	Dr. Wolfgang Albers (LINKE)	652		Burkard Dregger (CDU)	669
	Paul Fresdorf (FDP)	653		Steffen Zillich (LINKE)	671
	Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE)	654		Marcel Luthe (FDP)	671
	Ergebnis	655		Daniel Wesener (GRÜNE)	672
3.4	Priorität der Fraktion Die Linke	655		Ergebnis	673
21	Haushaltsnahe Berliner Altglassammlung in allen Bezirken sicherstellen	655	4	Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes	673
	Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/0185			Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Digitale Verwaltung, Datenschutz, Informationsfreiheit und zur Umsetzung von Artikel 13 Abs. 6 GG sowie § 25 Abs. 10 ASOG vom 6. März 2017 Drucksache 18/0204	

(Marcel Luthé)

gegen die Unverschämtheit, zu behaupten, die Freien Demokraten hätten, und zwar zu einer Zeit, als Ihre Partei nicht einmal existierte, aktiv die Rehabilitierung von Homosexuellen und die Abschaffung des § 175 verhindert. Wir haben es ja im Wortprotokoll. Sie haben von einer aktiven Verhinderung gesprochen. Die Partei Karl-Hermann Flachs, des Lord Dahrendorfs und Werner Maihofers, die allesamt seit 1971 genau dieses Thema betrieben haben, muss sich so etwas nicht gefallen lassen.

[Beifall bei der FDP und der AfD]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wird die Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung empfohlen. – Widerspruch höre ich hierzu nicht. Dann verfahren wir so.

Ich rufe auf

1fd. Nr. 3.2:

Priorität der Fraktion der SPD

Tagesordnungspunkt 5

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan von Berlin für das Haushaltsjahr 2017 (Nachtragshaushaltsgesetz 2017 – NHG 17)

Dringliche Beschlussempfehlung des
Hauptausschusses vom 15. März 2017
Drucksache [18/0228 Neu](#)

zur Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache [18/0130](#)

Zweite Lesung

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache [18/0228 Neu-1](#)

Der Dringlichkeit hatten Sie bereits eingangs zugestimmt. – Ich eröffne die zweite Lesung zur Gesetzesvorlage und schlage vor, die Einzelberatung der drei Paragraphen miteinander zu verbinden. – Hierzu höre ich keinen Widerspruch. Ich rufe also auf die Überschrift und die Einleitung sowie die Paragraphen 1 bis 3 – Drucksache 18/0130.

In der Beratung beginnt die Fraktion der SPD – und hier der Kollege Schneider. – Bitte schön!

Torsten Schneider (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute kommt der Nachtragshaushalt für das laufende Haushaltsjahr 2017 in der zweiten Lesung zu seiner abschließenden Beratung. Das Signal der Koalitionsfraktionen ist genauso klar und erwartbar wie das der Oppositionsfraktionen.

Wir werden diesem Nachtragshaushaltsentwurf mit ganz minimalinvasiven Änderungen zustimmen. Das hatten wir in der ersten Lesung schon angekündigt, und wir halten das für einen großen Erfolg des Senats.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN]

Ich neige nicht zu langer Blumigkeit, und deswegen greife ich mir exemplarisch zwei Teilaspekte heraus. Erstens: Auffällig ist, dass es uns z. B. gelungen ist, wichtige Koalitionsvertragsprojekte durch die Adressierung des SIWA/SIWANA vorzuziehen. Ich erwähne die 100 Millionen Euro an Eigenkapitalzuführung in die Wohnungsbauengesellschaften zum Neubau und zur Stabilisierung des sozialen Wohnungsmietenmarktes. Zweitens nenne ich die Kapitalverstärkung und richtige Aufstellung des Berliner Stadtwerkes. Und drittens – das ist mir ein sehr wichtiger Punkt, und da habe ich die ehemaligen Partner der CDU-Fraktion wenig verstanden, das hat mich sogar etwas erheitert – stellt diese Koalition mit den beiden Teilaspekten Nachtragshaushalt und SIWA über 100 Millionen Euro für die innere Sicherheit zur Verfügung, und das ist auch ein großer Erfolg, den Sie kleinreden wollen.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN]

Dann kann ich mir es natürlich nicht ersparen, Sie daran zu erinnern, wie Sie hier das sogenannte Sicherheitspaket beim letzten Doppelhaushalt abgefeiert haben, das angeblich 50 Millionen Euro beinhaltete – bei einem Haushaltsvolumen von 26 Milliarden Euro –, wobei es tatsächlich nur 30 Millionen Euro waren. Wir haben jetzt also mehr als doppelt so viel in einem Nachtragshaushaltsvolumen von unter 500 Millionen Euro und in einem SIWA-Volumen von 1 Milliarde Euro bereitgestellt und fast zweieinhalbmal so viel, wie Sie tatsächlich da abgefeiert haben.

Aber Ihnen ist es ja auch nicht gelungen, dieses sogenannte Sicherheitspaket auch nur ansatzweise umzusetzen. Da sind wir bei einem Faktor drei. Also Sie brauchen uns von Sicherheitspolitik nichts mehr zu erzählen. Da haben Sie verspielt. Bei dieser Koalition und bei diesem Innensenator sind die Sicherheitslage und die Sicherheitspolitik in Berlin in guten Händen.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN]

Ein zweiter wichtiger Aspekt ist das Thema Schule. Wir haben es heute schon diskutiert. Wenn Sie sich das in Zahlen ansehen, ist das ein noch viel höherer Betrag. Zu den anderen Teilaspekten werden sich die Kollegen sicherlich noch einlassen. Wir können jetzt sagen, dass wir erstmalig eine handfeste Perspektive für diese große Zielgruppe von Bürgerinnen und Bürgern, Eltern und Beschäftigten in den Bezirken haben, wenn Senat, Parlament und Bezirke gemeinsam in der gleichen Weise in der Umsetzungsthematik bis zur Sommerpause bis zu den

(Torsten Schneider)

Haushaltsberatungen substanziell vorankommen, wie es die Koalition verabredet hat. Wir können also feststellen, dass der Aufschlag vorhanden ist. Das Kapital steht zur Verfügung. Wir sind sehr zuversichtlich, in diesem wichtigen Infrastrukturprojekt und einem der wichtigsten Projekte der Koalition auch substanziell voranzukommen.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Warum erwähne ich das ausdrücklich? – Ich erwähne es, weil wir auch Zeitungen lesen. Wir haben wahrgenommen, dass das von der Opposition attackiert wird. Das ist natürlich absurd. Sie haben im Hauptausschuss allein die Analyse unter Beschuss genommen und sind damit grandios gescheitert. Das will ich nicht ausführen. Lesen Sie das Wortprotokoll. Das war schon abenteuerlich.

Ein letzter und sehr wichtiger Aspekt, der an die gesamte Opposition adressiert ist: Ihre zentrale Kritik an dieser Koalition war, dass wir nicht mehr konsolidieren und nicht mehr Schulden tilgen, jedenfalls nicht in dem Umfang, wie es verschiedentlich beantragt wurde. Keiner von Ihren Fraktionen hat die Phrase substanziell werden lassen.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Als wir die Nachbestückungsliste SIWA und den Nachtragshaushalt fachlich besprochen haben, haben Sie alle miteinander diverse Änderungsanträge eingereicht, wie Sie dieses Geld, das Sie eigentlich in die Tilgung stecken wollten, anders verausgaben. Damit haben Sie sich selbst und ein strategisches Argument vollständig desavouiert, dass ich dazu nur „herzlichen Glückwunsch“ sagen kann, dass Sie nicht an der Regierung sind, sondern wir.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Goiny das Wort. – Bitte sehr!

Christian Goiny (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist üblich, dass man mit dem Instrument des Nachtragshaushalts versucht, eigene Akzente zu setzen, wenn eine neue Regierung ins Amt kommt. Sie waren und sind in der glücklichen Situation, nicht nur über einen sehr hohen Jahresüberschuss aus dem Jahr 2016 zu verfügen, den Sie für gestaltende Politik verwenden könnten, sondern auch noch darüber hinaus mit dem SIWA-Gesetz, mit dem SIWANA-Gesetz, wie Sie es jetzt geändert haben, ein operatives Instrument in der Hand zu haben, mit dem Sie auch kurzfristig gestalten können.

Es gibt durchaus, um mit dem Positiven anzufangen, einige Bereiche, die in der Kontinuität der erfolgreichen Haushalts- und Finanzpolitik der letzten Wahlperiode stehen. Das sind genau auch die Bereiche, die Sie jetzt auch weiterhin als Erfolg Ihrer Politik zu verkaufen versuchen. In Wahrheit ist das aber eine erfolgreiche Haushaltspolitik, die wir seit fünf Jahren nicht nur eingefordert, sondern umgesetzt und auch mit Ihnen zusammen gemacht haben, Herr Kollege Schneider. Ihre neue Koalition hat daran relativ wenig Anteil. Dass Sie jetzt Politik gestalten können, ist nicht Erfolg der rot-rot-grünen Regierung, sondern der Erfolg von fünf Jahren Regierungsarbeit in Berlin unter der Beteiligung der Union.

[Beifall bei der CDU –
Zurufe von den GRÜNEN]

Wovon Sie sich in der Tat verabschiedet haben, ist ein nennenswerter Beitrag zur Schuldentilgung. Das wollen Sie politisch auch nicht. Dazu kann man von Ihrer Seite auch stehen. Wir halten das für falsch. Wir haben es geschafft, in den letzten fünf Jahren fast 5 Milliarden Euro zu tilgen. Das wird für das Land Berlin bei veränderter finanzpolitischer Situation in der Welt noch einmal sehr hilfreich sein. Die Probleme, die Sie haben, die vorhandenen Gelder für Investitionen einzusetzen, liegen nicht an dem Problem, dass dafür heute kein Geld zur Verfügung stünde, sondern liegen in operativen Prozessen, der Frage von Planungen, von operativen Möglichkeiten, die Gelder auszugeben, bei der Vergabe bis hin zu der ganz praktischen Umsetzung. Dazu hatten wir gerade neulich im Hauptausschuss wieder ein schönes Beispiel von der Bildungsverwaltung, die uns einen Gebäudescan für die Schulraumsanierung wunderbar vorgetragen hat. Bei näherer Betrachtung stellte sich heraus, dass das auch wieder eine reine Rechengröße war, die konkret überhaupt keine praktische Verwendung hat, jedenfalls nicht aus Sicht einer seriösen Haushaltspolitik, weil von den dort aufgeführten Schulsanierungsmaßnahmen die Zahlen an keiner Stelle Bestand haben werden. Deswegen ist es im Grunde genommen Augenschwermerei, was Sie hier machen. Im Bereich Schulraumsanierung haben Sie Geld, aber kein Konzept zur zügigen Umsetzung des dringend notwendigen Investitionsbedarfs.

Herr Kollege Schneider! Wir haben der Übertragung des Jahresüberschusses in das SIWA-Vermögen widersprochen. Sie haben uns hier vorgeworfen, wir hätten hier keinen operativen Widerstand zu Ihrer verfehlten Haushaltspolitik geleistet. Wir haben dem widersprochen. Sie haben uns überstimmt. Das ist kein Wunder. Die Koalition hat eine Mehrheit in diesem Haus. Aber wir wollten das nicht. Dann war die zweite Frage, wenn es jetzt so ist, wie wir damit umgehen. Dazu haben wir Ihnen auch einige Dinge aufgezeigt, die Sie aus unserer Sicht auch falsch machen. Sie investieren Geld in eine Stadtwerkkonstruktion, die so hier in Berlin gar nicht funktionieren kann. Wir haben dagegen in der Vergangenheit zum Beispiel beim Thema Wasserbetriebe gesagt, dass wir bei Privatisierungen mitgehen. Es gibt in Deutschland viele